



GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 02 - 2015
Berlin, Juni 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn die parlamentarische Sommerpause kurz bevorsteht: in der Pflegepolitik geht es spannend weiter!

Um nur einige aktuelle Vorhaben zu nennen:

* Am 12. Mai 2015 wurden die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege vorgelegt, die gemeinsam von Vertreter_innen des Bundes, der Länder und der Kommunalen Spitzenverbände erarbeitet wurden:
[Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe.](#)

* Laut Presseberichterstattung gibt es einen vorläufigen gemeinsamen Arbeitsentwurf von BMFSFJ und BMG für ein Gesetz zur Reform der Pflegeberufe. Danach setzt die Bundesregierung auf die generalistische Ausbildung in der Pflege und will die Finanzierung der Pflegeausbildung neu regeln.

* Mittlerweile liegt auch der „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Zweites Pflegestärkungsgesetz – PSG II)“.

Viel Stoff, mit dem sich die Mitglieder und Unterstützer des Bündnisses für gute Pflege in den nächsten Wochen beschäftigen werden.

Untätig sind sie jedoch auch in den vergangenen Monaten nicht geblieben: ausgewählte Aktivitäten und Termine finden Sie in unserem aktuellen Newsletter.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen haben, dann schreiben Sie uns eine [E-Mail](#).

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

[I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege](#)

[1.1 Ende gut, alles gut?! – Jetzt kommt der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff](#)

[II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege](#)

[2.1 Deutsche Alzheimer Gesellschaft: „Ben Ne Yapabilirim?“ - „Was kann ich tun?“ - Ratgeber für Menschen mit beginnender Demenz in türkischer Sprache](#)

[2.2 Deutsche Alzheimer Gesellschaft: Evaluation des E-Learning-Kurses für Angehörige](#)

[2.3 Volkssolidarität fordert bessere Anerkennung des Pflegeberufes](#)

[2.4 Diakonie und DEVAP: „Nicht nur Blumen brauchen Pflege!“](#)

[2.5 DBfK: Wie viel Ökonomie verträgt die Pflege?](#)

[2.6 Keine Wertschöpfung ohne Wertschätzung: DBfK startet „Manifest der Pflegeberufe“](#)

[2.7 DBfK: Neue deutsch-chinesische Kooperation für die Altenpflege](#)

[2.8 wir pflegen: Broschüre „Hilf mir aus der Pflegearmut!“ - Pflegewende mit Pflegevollversicherung](#)

[2.9 Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk: Gewalt ist kein Thema, das allein die Pflege betrifft](#)

[2.10 Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk: Mehr Pflegepersonal für die Krankenhäuser - Forderung mehr als begründet!](#)

[2.11 Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk: Rehabilitation in der Pflege aufwerten](#)

[III. Veranstaltungen und Termine](#)

[3.1 Mahnwache Pflege am Boden: 2. NRW-Aktionstag am 3. September 2015 in Düsseldorf](#)

[3.2 13. DEVAP-Bundeskongress am 23. und 24.9.2015 in Berlin](#)

I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

1.1 Ende gut, alles gut?! – Jetzt kommt der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff

[nach oben](#) ↑

Berlin, 20.05.2015: Unter dieses Motto hatte das Bündnis für GUTE PFLEGE seine Fachtagung gestellt. Von den 170 angemeldeten hatten sich trotz Erschwernis durch den GDL-Streik etwa 150 Gäste auf den Weg in die Landesvertretung Bremen gemacht und erlebten ein inhaltsreiches Programm mit spannenden politischen Diskussionen.

In ihrer Begrüßung warf die „Hausherrin“ Frau **Ulrike Hiller**, Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Bremen, die Frage auf: „Ja wie heißt er denn nun, der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff?“ Dass es zur Ausgestaltung des Begriffs noch viel Handlungsbedarf gibt und die Bevölkerung, vor allem die unmittelbar von den künftigen Neuregelungen Betroffenen, gut informiert werden müssen, zog sich als roter Faden durch den Nachmittag.

Dr. Hermann Schulte-Sasse, Bremer Senator für Gesundheit, hatte sich vom Lokführerstreik nicht abhalten lassen und war mit der Bahn nach Berlin gekommen. In seiner Begrüßungsrede bezog er sich vor allem auf leistungsrechtliche Fragen im Kontext des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Er erwarte, dass jetzt auch die Leistungssystematik angepasst werde, sonst sei ein Wechsel von drei Pflegestufen zu künftig fünf Pflegegraden sinnlos. Ziele müssten Aktivieren, Leben, Teilhabe trotz Pflegebedürftigkeit sein – nicht bloßes Versorgen auf dem Abstellgleis! Abschließend verwies er auf die Entscheidungs- und Gestaltungsrechte und –kompetenzen der Länder und Kommunen, deren Rolle gestärkt werden müsse.

Brigitte Döcker, AWO Bundesverband e.V., und **Sylvia Bühler**, ver.di-Bundesvorstand, begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellvertretend für alle Bündnispartner. Das Bündnis für GUTE PFLEGE ging am 14. Februar 2012 an den Start und ist inzwischen auf 23 bundesweit tätige Organisationen und 14 regionale Unterstützer angewachsen. Dass nun der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff tatsächlich realisiert wird, ist auch dem Druck und der Beharrlichkeit dieser äußerst sinnvollen und erfolgreichen Kooperation zu verdanken, so Döcker. Gerade die Situation der beruflich Pflegenden müsse deutlich verbessert werden, in erster Linie durch Aufstockung der Personalkapazität. „Wir bleiben dran!“ – Frau Bühler bekräftigte dies in Richtung der anwesenden Politikerinnen und Politiker und ließ vorläufig noch offen, ob dies als Versprechen oder eher als Drohung zu verstehen sei.

Dr. Martin Schölkopf vom Bundesministerium für Gesundheit verwies auf 20 Jahre Pflegeversicherung und 2,7 Millionen Pflegebedürftige, die mittlerweile Leistungen erhielten. Dabei seien die Angebote immer weiter ausgebaut worden. Die Reform der Pflegeversicherung müsse zahlreichen Herausforderungen begegnen: einer steigenden Zahl Pflegebedürftiger, der Zunahme von Menschen mit dementiellen Erkrankungen, dem Pflegefachpersonenmangel, ständigem Optimierungsbedarf im Versorgungssystem – und all das auf Basis einer gesicherten Finanzierung. Nicht alle Aufgaben seien aber gesetzgeberisch zu lösen, mahnte er an. Mit Blick auf den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff sagte er: „Am Ende wird alles gut. Wenn es noch nicht gut ist, ist es noch nicht das Ende.“

Mittelpunkt der Veranstaltung war die Vorstellung der beiden Erprobungsstudien zum neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. **Dr. Peter Pick** vom MDS e.V. erläuterte die Ergebnisse der Praktikabilitätsstudie zur Einführung des neuen Begutachtungsassessments (NBA) zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit nach dem SGB XI (siehe Download der Präsentation). Als Fazit lässt sich sagen: Das NBA ist praktikabel, die Studie gibt Empfehlungen zur Einführung und es muss eine Vorlaufzeit von 18 Monaten vorgesehen werden, damit die Implementierung gelingt.

Matthias Fünfstück von der Universität Bremen referierte die Ergebnisse der EVIS-Untersuchung: Erfassung von Versorgungsaufwänden in stationären Einrichtungen (siehe Download der Präsentation). Auch hierbei zeigt sich: das NBA „funktioniert“ – die Höhe der Versorgungsaufwände korrespondiert mit den Pflegegraden. Was die Erfassung von kognitiven und somatischen Einschränkungen angeht, ist das NBA dem derzeitigen Begutachtungssystem überlegen.

Um die Perspektive der Betroffenen ging es in der anschließenden Podiumsdiskussion. Vertreterinnen und Vertreter des Bündnisses stellten die Sicht der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen, der beruflich Pflegenden, der Pflegeeinrichtungen und –dienste sowie der Pflegekassen dar. Sie alle verbinden mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff große Erwartungen: auf eine individuellere Betrachtung von Pflegebedürftigkeit, eine gerechtere Zuweisung von Leistungen, die spürbare Verbesserung des Personalnotstands durch den Neuzuschnitt der Personalschlüssel, eine automatische Dynamisierung der Leistungsvergütung auf Basis objektiver Kriterien, sowie Selbstständigkeit fördernde Anreize.

Das abschließende Podium des Nachmittags besetzten vier bundespolitische Mandatsträger/innen: **Mechthild Rawert** (SPD), **Elisabeth Scharfenberg** (Bündnis 90/Grüne), **Pia Zimmermann** (Linke) und **Erwin Rüdell** (CDU/CSU). Entlang der Frage „Wie steht`s mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff – Ende gut, alles gut?“ diskutierten sie die Positionen der jeweils eigenen Partei zum Thema Pflege und die Prognosen für die kommenden Monate. Einige Stichworte daraus:

> Bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf > Altersarmut muss verhindert werden > Gesundheit pflegender Angehöriger > Pflege gehört in den Sozialraum > Fertig werden wir in dem Prozess nie > Keine Überfrachtung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs > Die Mittel sind begrenzt, es wird auch Verlierer geben > Teilhabe muss immer mitgedacht werden.

An den Themen Bürgerversicherung, generalistische Pflegeausbildung und Pflegeversicherung als Teilkasko- bzw. Vollkasko-Absicherung entzündeten sich einige Kontroversen auf dem Podium und im Dialog mit dem Plenum. Davon unbeeindruckt moderierte **Petra Schwarz** auch diesmal wieder souverän und fasste mit Blick auf das Veranstaltungsmotto zusammen: „Es ist gut, dass er kommt. Über die Ausgestaltung wird noch zu reden sein.“

Text: Johanna Knüppel, (DBfK) Bündnis für gute Pflege

Die Präsentationen finden Sie auf der Bündnis-Website: <http://buendnis-fuer-gute-pflege.de/>

II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

2.1 Deutsche Alzheimer Gesellschaft: „Ben Ne Yapabilirim?“ - „Was kann ich tun?“ - Ratgeber für Menschen mit beginnender Demenz in türkischer Sprache

[nach oben](#) ↑

Berlin, 09. Februar 2015. Immer mehr Migranten im höheren Alter leben im Einwanderungsland Deutschland. 1,5 Millionen sind 65 und älter und etwa 108.000 sind von Demenz-erkrankungen betroffen. Für Zuwanderer gibt es bisher nur vereinzelt Informationen und Beratung zu Demenzerkrankungen. Deshalb gibt die Deutsche Alzheimer Gesellschaft jetzt erstmals einen Ratgeber in türkischer Sprache heraus, der sich an die Erkrankten selbst wendet.

Die Broschüre „Ben Ne Yapabilirim?“ („Was kann ich tun?“) wendet sich an türkischsprachige Zuwanderer mit einer beginnenden Demenz. Sie informiert über das Krankheitsbild („Demans nedir?“), Diagnose und Behandlung, rechtliche und finanzielle Fragen, Möglichkeiten von Beratung und Unterstützung und die Gestaltung des täglichen Lebens. Zu der Broschüre gehört ein „Verständniskärtchen“ im Scheckkartenformat mit der Information „Ich habe Demenz. Bitte haben Sie etwas Geduld“. Es kann überreicht werden, wenn es z.B. an der Ladenkasse mit dem Bezahlen nicht so schnell geht wie erwartet. Menschen mit Demenz fällt es in solchen Situationen manchmal schwer, die richtigen Worte zu finden.

Demenz trifft Menschen unabhängig von nationaler Zugehörigkeit, doch für viele Migranten gibt es aufgrund von Sprach- und Wissensbarrieren besondere Hürden, um Beratung, Unterstützung und Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch zu nehmen.

„Wir hoffen, dass die Broschüre dazu beiträgt, türkische Migranten mit einer beginnenden Demenz besser zu informieren und sich beraten zu lassen. Wir möchten auch vermitteln, dass man mit einer Demenz weiterhin ein lebenswertes Leben führen kann und dass es Unterstützung für die Familien gibt“, sagte Heike von Lützu-Hohlbein, die 1. Vorsitzende der Deutschen Alzheimer Gesellschaft.

Dank der finanziellen Unterstützung der Techniker Krankenkasse kann die Broschüre kostenlos abgegeben werden.

Die Broschüre Deutsche Alzheimer Gesellschaft (Hrsg.): Ben Ne Yapabilirim? Demans Baslangici Olan Kisiler Icin Bilgi ve Öneriler. 1. Auflage Januar 2015, 56 Seiten, kostenlos.

Bestellungen: siehe Kontaktdaten. Dies ist die türkische Übersetzung von: Deutsche Alzheimer Gesellschaft (Hrsg.): Was kann ich tun? Tipps und Informationen für Menschen mit beginnender Demenz. Reihe Informationen für Menschen mit Demenz, 1. Auflage 2014, 56 Seiten, kostenlos. Bestellungen: siehe Kontaktdaten.

Die beiden Broschüren stehen auch als Download zur Verfügung.

Kontakt

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz

Hans-Jürgen Freter

Friedrichstraße 236, 10969 Berlin

Tel. 030 / 259 37 95 – 0, Fax: 030 / 259 37 95-29

E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de, Internet: www.deutsche-alzheimer.de

2.2 Deutsche Alzheimer Gesellschaft: Evaluation des E-

[nach oben](#) ↑

Learning-Kurses für Angehörige

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft sucht pflegende Angehörige von Menschen mit Demenz, die ein neues E-Learning-Programm testen möchten. Dabei handelt es sich um einen Online-Kurs in 7 Modulen, den Angehörige zu Hause am PC eigenständig absolvieren können. Der Kurs vermittelt Wissen über Demenz und gibt Hinweise zum Umgang mit der Diagnose. Angehörige erhalten außerdem viele Anregungen für den Alltag.

Um den E-Learning-Kurs zu evaluieren, hat die Deutsche Alzheimer Gesellschaft das Institut Univation beauftragt. Die Evaluation soll zeigen, wie Angehörige den Kurs nutzen, wie sie ihn bewerten und welche Anregungen zur Verbesserung sie haben. Der Kurs soll eine leicht zugängliche Informationsquelle und eine echte Unterstützung für pflegende Angehörige sein.

Gesucht werden Angehörige von Menschen mit Demenz, die aktuell Hauptpflegeperson oder zumindest teilweise in die Pflege und Betreuung eingebunden und bereit sind, sich für die Bearbeitung des Kurses etwas Zeit zu nehmen. Die Teilnehmer sollen zu drei Zeitpunkten an einer Online-Befragung teilnehmen: Einmal vor Beginn der Nutzung des Kurses, einmal nach Abschluss des Kurses und dann noch einmal 14 Wochen später. Die Bearbeitung der drei Online-Fragebögen wird jeweils etwa fünfzehn Minuten dauern. Das Projekt wird unterstützt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Wenn Sie an der Evaluation teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte bei:

Helga Schneider Schelte

E-Mail: helga.schneider-schelte[at]deutsche-alzheimer.de

Tel: 030 / 2 59 37 95 15

2.3 Volkssolidarität fordert bessere Anerkennung des Pflegeberufes

[nach oben](#) ↑

„Für eine menschengerechte und leistungsstarke Pflege müssen der Pflegeberuf aufgewertet und die Arbeitsbedingungen für die Pflegenden verbessert werden.“ Das erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Dr. Wolfram Friedersdorff, am Montag aus Anlass des Internationalen Tages der Pflegenden am 12. Mai. „Pflege ist eine höchst verantwortungsvolle und qualifizierte Tätigkeit für Menschen. Es bleibt weiterhin nicht verständlich, warum eine Handwerkerstunde deutlich besser bezahlt wird als eine Stunde professionelle Pflege. So lange das so bleibt, ist der Pflegeberuf für junge Menschen zu wenig attraktiv.“ Die Volkssolidarität hat rund 8.000 Mitarbeiter im Pflegebereich, die etwa 53.000 Menschen betreuen.

Der Verbandspräsident sagte weiter: „Nur wenn der Pflegeberuf attraktiv ist und die ihm zustehende Anerkennung erfährt, wird es möglich sein, auf den wachsenden Pflegebedarf angemessen reagieren zu können. „Mit der Einführung des Mindestlohns hat die Politik einen Schritt in die richtige Richtung eingeschlagen. Dieser Schritt reicht aber nicht aus. Pflegeleistungen müssen besser honoriert werden. Zudem müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden.“ Dazu gehöre auch ein den Aufgaben entsprechender Personalschlüssel. Gute Pflege brauche Zeit, betonte Friedersdorff. „Wir müssen weg von Minutenpflege hin zu einer ganzheitlichen Pflege.“

Seit vielen Jahren setze sich die Volkssolidarität für einen Paradigmenwechsel in der Pflege ein, erklärte der Verbandspräsident.

„Die anstehende Pflegereform mit der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist eine große Chance, damit sich die Rahmenbedingungen sowohl für die Pflegebedürftigen als auch für die Beschäftigten in der Pflege verbessern können. Wir wissen, dass die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs allein uns nichts nutzt, wenn wir keine Fachkräfte haben, die qualitativ hochwertige Arbeit in der Pflege erbringen.“ In dem Zusammenhang wies er auf den Mangel an Fachkräften und die Notwendigkeit in der Verbesserung der Ausbildung für die Pflegeberufe hin. „Wir fordern die Politik auf, konkrete Schritte für die Einführung einer einheitlichen akademischen Ausbildung der Alten-, Kranken-, und Kinderkrankenpflege auf den Weg zu bringen. Der Mangel an Fachkräften geht heute sowohl zu Lasten der Pflegebedürftigen als auch zu Lasten der Beschäftigten in der Pflege.“

2.4 Diakonie und DEVAP: „Nicht nur Blumen brauchen Pflege!“

[nach oben](#) ↑

11.05.2015 - Zum "Internationalen Tag der Pflege" am 12. Mai organisieren die Diakonie und der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) einen bundesweiten Aktionstag.

Unter dem Motto „Nicht nur Blumen brauchen Pflege!“ verteilen Pflegekräfte der Diakonie deutschlandweit Blumen. Mit einer Banderole wird auf den großen politischen Handlungsbedarf aufmerksam gemacht.

„Die Situation in der Altenpflege ist kritisch“, sagt Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland. „Unsere Mitarbeitenden sind sehr engagiert und leisten, trotz ständigem Zeitdruck, eine qualitativ gute Pflege. Die unzureichende Finanzierung gefährdet allerdings zunehmend die gute Versorgung der pflegebedürftigen Menschen und geht zu Lasten der Pflegekräfte.“

Die Diakonie fordert die solidarische Finanzierung einer guten Pflege für alle Menschen, die unabhängig vom Geldbeutel eine würdevolle Pflege garantiert.

„Mehr Zeit ist der Dreh- und Angelpunkt, um die Situation grundlegend zu verbessern“, unterstreicht Renate Gamp, Vorsitzende des Deutschen Evangelischen Verbands für Altenarbeit und Pflege. „Der Fachkräftemangel in der Pflege hat bereits bedrohliche Ausmaße angenommen und Pflegekräfte arbeiten oft bis an den Rand ihrer Kräfte - das muss sich schnell ändern. Die Personalausstattung muss gezielter dem Bedarf der Pflegebedürftigen und Kranken angepasst werden. Der tatsächliche Hilfe-, Betreuungs- und Behandlungsbedarf der Pflegebedürftigen und Kranken muss berücksichtigt werden, nicht nur die aktuellen Pflegeeinstufungen“.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.
Sarah Schneider, Presseassistentin

2.5 DBfK: Wie viel Ökonomie verträgt die Pflege?

[nach oben](#) ↑

Berlin, 11. Mai 2015

Den morgigen Internationalen Tag der Pflegenden hat der Weltverband der Pflegeberufe ICN unter das Motto „Professionelle Pflege: wirksam und wirtschaftlich“ gestellt. Dies nimmt der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) jetzt zum Anlass, Stellenwert und Einfluss der „Wirtschaftlichkeit“ im deutschen Gesundheitssystem kritisch zu hinterfragen. „Wie wirksam Pflege ist, wird leider allzu häufig erst dann bemerkt, wenn sie fehlt oder weggespart wurde. Pflegefachpersonen sind die tragende Säule in der Versorgung alter, kranker und pflegebedürftiger Menschen. Wo sie wegbriecht, hat das dramatische Auswirkungen für die Betroffenen – in Deutschland tritt das immer stärker zutage“, sagt DBfK-Präsidentin Prof. Christel Bienstein. „Weltweit haben viele Gesundheitssysteme in den letzten Jahren unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise erhebliche Kürzungen vorgenommen. Zu spüren bekamen dies vor allem die beruflich Pflegenden und ihre Patientinnen und Patienten. Dass im Wirtschaftswunderland Deutschland Pflege immer stärker implizit rationiert wird, liegt nicht am fehlenden Geld. Sondern daran, wofür man es einsetzen möchte und wer welches Stück vom Kuchen für sich beansprucht. Die Pflegenden in Krankenhäusern, Heimen und der häuslichen Pflege zerbrechen daran, dass sie tagtäglich nicht mehr tragbare Kompromisse schließen müssen und sich keine positive Entwicklung dessen abzeichnet“, so Bienstein weiter.

Wie viel Ökonomie hält die Pflege, halten kranke, alte und pflegebedürftige Menschen überhaupt noch aus? Wie lange können die seit Jahren völlig überlasteten beruflich Pflegenden das System noch aufrechterhalten? Wer erklärt der Bevölkerung, dass sie zwar ein gesetzlich verbrieftes Recht auf pflegerische Leistungen besitzt, viele davon aber nicht erbracht werden? Darf Politik, darf eine Gesellschaft hinnehmen, dass private Investoren auf Kosten der Solidargemeinschaft hohe Renditen erwirtschaften? Wie weit darf sich ein Staat, was seinen Versorgungsauftrag angeht, aus der Verantwortung stehlen? Was ist ein Gesundheitssystem wert, das nach außen weltweit Vorbild sein will, tatsächlich aber einerseits Millionen verschwendet und andererseits an den Schwächsten spart? Aus Anlass des diesjährigen Tags der Pflegenden fordert der DBfK politische Mandatsträger in Bund und Ländern sowie die Verantwortlichen in den Einrichtungen auf, schnellstens für eine spürbar bessere Pflegepersonalbemessung in den Einrichtungen zu sorgen. Denn die Ressourcen an Energie und Motivation, die Mängel noch zu kompensieren, sind inzwischen vollständig aufgebraucht.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

2.6 Keine Wertschöpfung ohne Wertschätzung: DBfK startet „Manifest der Pflegeberufe“

[nach oben](#) ↑

Berlin, 30. April 2015

Pünktlich zum morgigen Tag der Arbeit startet der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) heute eine neue Aktion **„Manifest der Pflegeberufe“** und fordert eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das Manifest – als Instrument politischer Kommunikation – zeigt auf, was Pflegenden tun und leisten – und was sie deshalb in ihrem Beruf erwarten und voraussetzen. „Beruflich Pflegenden sind in den vergangenen Jahren von der Politik und von vielen Arbeitgebern schlecht behandelt worden. Ihr ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein wurde teilweise sträflich ausgenutzt. Aus ökonomischen Gründen – in den Krankenhäusern setzt das Finanzierungssystem falsche Anreize, private Betreiber erwarten Rendite – wurde immer mehr Arbeit auf immer weniger Schultern verteilt. Arbeitsverdichtung und Arbeitstempo haben inzwischen Dimensionen erreicht, die längst nicht mehr leistbar sind. Auch Verstöße gegen geltendes Recht sind so häufig, dass sie zur Normalität werden und scheinbar kaum noch auffallen. Krankenstände sind in Pflegeberufen alarmierend hoch, Grund zur Sorge geben vor allem hohe Zuwachsraten bei stressbedingten psychischen Erkrankungen. Pflege – ein eigentlich wundervoller, erfüllender, vielseitiger Beruf mit großen Perspektiven – wurde so beinahe ruiniert“, erklärt DBfK-Präsidentin Prof. Christel Bienstein zum Hintergrund der Initiative.

Pflegeschwestern bilden das Rückgrat für die Versorgung in Pflegeheimen, Krankenhäusern und in der Pflege zuhause. Ihre Arbeit ist zentraler Faktor der Wertschöpfung im Gesundheitswesen. Pflege hat noch nie über ein so großes Wissen, so viele gute Konzepte wie heute verfügt. Wissen und Konzepte, die Antworten auf die drängenden Fragen um Gesundheit, Pflegebedürftigkeit und Krankheit bieten können. Unter den heutigen Rahmenbedingungen kann dieses Potenzial aber nicht greifen. „Pflegenden haben demonstriert, sich deutschlandweit auf den Boden gelegt, Mahnwachen und Protestaktionen initiiert – es hat alles nicht geholfen. Die Lage ist von Jahr zu Jahr prekärer geworden. Viele haben mittlerweile ihren Arbeitsplatz verlassen, andere sich in Teilzeit geflüchtet – viele haben auch innerlich gekündigt und sind abgestumpft, um all das überhaupt ertragen zu können. Damit muss jetzt endlich Schluss sein!“ fordert Bienstein.

Mit dem „Manifest der Pflegeberufe“ will der DBfK bundesweit das Missverhältnis zwischen dem, was Pflegeschwestern leisten (könnten) und dem, was ihnen an Rahmenbedingungen geboten wird, aufzeigen und mit konkreten Forderungen verknüpfen. Dazu werden sechs Kernaussagen formuliert, erläutert und mit klaren Erwartungen an die Politik sowie die Entscheidungsebene der Einrichtungen verbunden:

- * Ich bin ein Leistungsfaktor und kein Kostenfaktor. ... Ich will, dass der Wert meiner Leistung anerkannt wird.
- * Ich Sorge für Würde im Alter – wenn man mir die Chance gibt. ... Ich will, dass mehr Zeit für die Pflege des Einzelnen bleibt.
- * Ich Sorge für Nachhaltigkeit – wenn man mich lässt. ... Ich will, dass andere von meinem Wissen profitieren.
- * Ich setze mein Wissen ein, aber nicht zum Dumpinglohn. ... Ich will, dass meine Arbeit mit guten Arbeitsbedingungen und angemessener Vergütung gewürdigt wird.
- * Ich bringe vollen beruflichen Einsatz – im Dienst. ... Ich will, dass auch mir Respekt entgegengebracht wird.
- * Ich bilde den Berufsnachwuchs aus – nur so hat Pflege eine Zukunft. ... Ich will, dass die Pflegeausbildung attraktiver wird.

Der DBfK ruft alle beruflich Pflegenden jetzt auf, sich aufzurichten und selbstbewusst und sehr bestimmt öffentlich zu sagen, was sie können und leisten – und was sie deshalb in ihrem Beruf erwarten und fordern. Denn sie haben viel zu bieten. Im Manifest ist das mit zentralen Statements formuliert – unter www.dbfk.de/manifest/ kann man mitzeichnen und so den Forderungen Gewicht verleihen. Es gibt darüber hinaus ein Manifest-Poster und eine sechsteilige Postkartenreihe. Die Pflegeberufe müssen in Deutschland unüberhörbar werden, landauf, landab und auf allen Ebenen von Politik und Trägerseite muss klar sein: Die Lage ist ernst - und die Verantwortlichen tun gut daran, diese Stimmen endlich ernst zu nehmen!

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
 Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
 Tel.: 030-2191570
 Fax: 030-21915777
 dbfk@dbfk.de
 www.dbfk.de

2.7 DBfK: Neue deutsch-chinesische Kooperation für die Altenpflege

[nach oben](#) ↑

Berlin, 17. April 2015

Bei einem Treffen in Peking haben der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) und die Chinese Nursing Association (CNA) eine Partnerschaft vereinbart. Die Präsidentinnen beider Verbände, Prof. Christel Bienstein (DBfK) und Dr. Li Xiuhua (CNA), unterzeichneten vor wenigen Tagen das Memorandum. Die Partner wollen Bereiche und Themenfelder für eine langfristige Zusammenarbeit identifizieren, Schwerpunkt wird die pflegerische Versorgung alter Menschen sein. Neben einem Erfahrungs- und Wissensaustausch soll es gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Projekte geben. Im Fokus steht darüber hinaus der Austausch über berufspolitische Aktivitäten und Entwicklungen in Deutschland und China. Vor dem Hintergrund der objektiven Unterschiede westlicher und östlicher Kulturen wollen beide Berufsverbände voneinander lernen und so die professionelle Pflege weiterentwickeln.

Der DBfK ist seit vielen Jahrzehnten international vernetzt und deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN). Bereits 1909 wurde DBfK-Gründerin Agnes Karll zur ICN-Präsidentin gewählt. 2013 ist der chinesische Pflegeberufsverband CNA mit seinen knapp 3 Millionen Berufsangehörigen dem International Council of Nurses (ICN) beigetreten und damit offizielle Vertretung der Volksrepublik China im Weltverband der Pflegeberufe.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
 Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
 Tel.: 030-2191570
 Fax: 030-21915777
 dbfk@dbfk.de
 www.dbfk.de

2.8 wir pflegen: Broschüre „Hilf mir aus der Pflegearmut!“ - Pflegerwende mit Pflegevollversicherung

[nach oben](#) ↑

Die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung sind nur ein Zuschuss zu den tatsächlichen Pflegekosten. Weil damit Pflege chronisch unterfinanziert bleibt, werden die Rufe nach einer Pflegetwende immer lauter. Eine breit angelegte Debatte dazu will die Interessenvertretung wir pflegen nun mit ihrer Kampagne „Hilf mir aus der Pflegearmut!“ fördern.

Berlin. Pflegebedürftigkeit führt die betroffenen Familien in die Armut. Wer in der Pflege arbeitet, kann häufig davon nicht leben. Pflege ist chronisch unterfinanziert. Weil die politische Diskussion über eine Pflegetwende und eine gerechtere Finanzierung gerade Fahrt aufnimmt, präsentiert die bundesweite Interessenvertretung wir pflegen mit ihrer Initiative gegen Armut durch Pflege nun eine [Broschüre](#) zum Thema Pflegevollversicherung.

Die darin verständlich aufbereiteten Fakten sollen möglichst vielen Menschen Gelegenheit geben, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und sich eine Meinung zu bilden. Sie greift zehn Argumente auf, die für eine Weiterentwicklung der Sozialen Pflegeversicherung in eine Pflegevollversicherung sprechen, weil davon alle profitieren würden: Betroffene, Familien, beruflich Pflegenden, Pflegedienste, Länder und Kommunen.

Susanne Hallermann, Koordinatorin der Initiative und selbst von Armut durch Pflege betroffen, beklagt: „Die Soziale Pflegeversicherung ist heute weder „sozial“, noch eine „Versicherung“ für Pflegebedürftigkeit. Wir benötigen dringend eine bessere Finanzierung der Pflege und deshalb muss auch eine Pflegevollversicherung in die öffentliche Diskussion gerückt werden.

Pflegeleistungen haben einen gesellschaftlichen Wert, der entsprechend honoriert und sozial abgesichert werden muss, denn die Pflegeleistungen von pflegenden Angehörigen liegen weit höher als alle Leistungen der sozialen Pflegeversicherung.“

Präsentiert wurde die Broschüre am Samstag, 9. Mai in Berlin bei der Veranstaltung „Hilf mir aus der Pflegearmut!“. Dort wurde- gemeinsam mit Betroffenen – das Konzept einer Pflegevollversicherung vorgestellt und diskutiert. Anschließend bestand die Möglichkeit, gemeinsam mit Betroffenen und Mitgliedern von wir pflegen an der Protestaktion Pflege-am-Boden teilzunehmen, die als „Flashmob“-Aktion zeitgleich in vielen Städten Deutschlands stattfand.

2.9 Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk: Gewalt ist kein Thema, das allein die Pflege betrifft

[nach oben](#) ↑

Bei der Betreuung von pflegebedürftigen Menschen sind gewalttätige oder aggressive Handlungen weiterhin ein Problem. Das zeigt ein Themenreport des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP).

Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk hat sich zum Thema Gewalt in der Pflege mehrfach geäußert - u.a. am 17.03.2013 (zu einem Westpol-Beitrag):

"... Gewalt ist kein Thema, das allein die Pflege betrifft. Gewalt ist in der gesamten Gesellschaft weit verbreitet. Die Gewalt ist in der häuslichen Betreuung nach entsprechenden Studie größer als in der stationären Pflege. Dies entschuldigt nichts, muss aber wegen der notwendigen differenzierten Betrachtung klar gestellt werden.

Eine umfassende Darstellung zur Gewaltproblematik ist nachlesbar in dem Buch von Werner Schell „100 Fragen zum Umgang mit Mängeln in Pflegeeinrichtungen“ (Kunz Verlag, Schlütersche Buchreihe). -

http://www.wernerschell.de/Buchtipps/100_fragen_zum_umgang_mit_maengeln_in_pflegeeinrichtungen.php - Wir brauchen nicht mehr Prüfungen und Druck auf die Pflegekräfte. Wir

brauchen mehr Pflegekräfte mit guten Arbeitsbedingungen und höheren Vergütungen. Die wahre Ursache für die vielfach beklagten ungunstigen Pflegesituationen liegt in den unzureichenden Pflegerahmenbedingungen begründet." - Daher ist weiterhin einzufordern: Gute Pflege muss dringend durch entsprechende Reformen gestaltet werden.

Werner Schell, Vorstand von Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk und Dozent für Pflegerecht

Text mit weiteren Verweisungen auch [hier](#) nachlesbar.

2.10 Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk: Mehr Pflegepersonal für die Krankenhäuser - Forderung mehr als begründet!

[nach oben](#) ↑

Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk fordert seit Jahren Personalbemessungssysteme für die Pflege in Krankenhäusern und Stationären Pflegeeinrichtungen. Darauf basierend würden deutlich mehr Stellen für Pflegekräfte vorzusehen sein. Nur mit mehr Pflegekräften wird es eine bessere Pflegesituation geben. - Wünschenswert wäre, dass sich endlich alle, die in ähnlicher Weise Forderungen erheben, in gemeinsamen Aktionen zusammen finden. Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk steht insoweit zur Verfügung und hat sich wiederholt zum Thema klar positioniert! -

http://www.pro-pflege-selbsthilfenetzwerk.de/Pressemitteilungen/PflegereformGroKo_Erfordernisse2014.pdf - In den Neusser Pflorgetreffs wurde der Pflegenotstand wiederholt problematisiert. Siehe dazu u.a. > <http://www.wernerschell.de/forum/neu/viewtopic.php?f=7&t=11655> - Der nächste Pflorgetreff findet am 21.10.2015 statt > <http://www.wernerschell.de/forum/neu/viewtopic.php?f=7&t=20711> - Alle, die für eine gute Pflege eintreten, sind bereits jetzt herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei!

Werner Schell, Vorstand von Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk und Dozent für Pflegerecht

2.11 Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk: Rehabilitation in der Pflege aufwerten

[nach oben](#) ↑

Eine Aufwertung der Rehabilitation in der Pflege hat der Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe angekündigt. Die Rehabilitation sei bisher auf Wiedereingliederung fokussiert. Das müsse sich ändern, fordert Gröhe. Die aktuelle Pflegereform soll dazu beitragen, dem Prinzip Rehabilitation vor Pflege in Deutschland mehr Gewicht zu verleihen.

Dazu ist aus der Sicht von Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk anzumerken:

Im SGB XI gibt es klar einen Rechtsanspruch auf Rehabilitation. Diesbezügliche Ansprüche werden aber weitgehend nicht realisiert, aus Kostengründen - u.a. auch mit der Bemerkung: "Es lohnt sich nicht" oder "eine Reha macht keinen Sinn" ... In dem Bericht der Ärzte Zeitung vom 03.03.2015 heißt es u.a.: "Das Problem aus Gröhes Sicht: Die Pflegekassen sind zwar bereits verpflichtet, Pflegebedürftige über Reha-Möglichkeiten zu beraten. Zudem sehen die Richtlinien des GKV-Spitzenverbands die Stärkung der geriatrischen Reha vor." - Die Krankenkassen müssen konkret angewiesen werden, Rehabilitationsmaßnahmen konsequent zur Geltung zu verhelfen. Dabei dürfen ökonomische Erwägungen nicht dominieren. Der Ankündigung des Bundesgesundheitsminister kann daher nicht widersprochen werden. Allerdings hat es ähnliche Erklärungen in der Vergangenheit schon öfter gegeben - und nichts hat sich geändert. Es kann auch jetzt nicht gesehen werden, welche Vorschrift im SGB XI die Kassen zu einem Umdenken in der Bewilligungspraxis veranlassen könnten.

Werner Schell, Vorstand von Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk und Dozent für Pflegerecht

III. Veranstaltungen und Termine

[nach oben](#) ↑

3.1 Mahnwache Pflege am Boden: 2. NRW-Aktionstag am 3. September 2015 in Düsseldorf

[nach oben](#) ↑

2. NRW-Aktionstag Pflege am Boden am 3. September 2015 vor der Bannmeile des Landtags in Düsseldorf.

Die Mahnwache wird um 10:00 beginnen und endet um 18:00
Wir wollen auf die Situationen in der Pflege aufmerksam machen.
Wir freuen uns auf SIE.

Wir würden dieses als Zeichen der Wertschätzung gegenüber von Pflegenden ansehen.

Stephan Seng
E-Mail : pflege-am-boden.nrw@online.de

3.2 13. DEVAP-Bundeskongress am 23. und 24.9.2015 in Berlin

[nach oben](#) ↑

Berlin, den 02.06.2015: **Programmheft zum DEVAP-Bundeskongress erschienen**

Im Fokus: Vision und Wirklichkeit der Altenhilfe

Ab sofort ist das Programm für den 13. DEVAP-Bundeskongress erhältlich. Die Veranstaltung ist der zentrale Treffpunkt für Führungs- und Leitungskräfte aus der dia-konischen Altenhilfe. Er findet am 23. und 24. September 2015 in Berlin statt – und damit zu einem politisch hoch interessanter Zeitpunkt: mitten in verschiedenen Gesetzgebungsverfahren und zur Halbzeit der Legislaturperiode.

Um auf die anhaltenden gravierenden strukturelle Defizite in der Pflege aufmerksam zu machen und Lösungsansätze voranzutreiben, steht der Kongress 2015 unter dem Motto „Vision und Wirklichkeit der Altenhilfe“.

Die Regierung arbeitet an Reformen, die die Gesamtsituation verbessern sollen. Auf dem Kongress gehen wir in den direkten Dialog: Wie steht es um das Verhältnis zwischen Vision und Wirklichkeit in der Pflegepolitik? Wie viel Zeit bleibt der alternden Gesellschaft noch für ein Umsteuern?

Mit hochrangigen Vertretern der Bundespolitik ziehen wir eine Zwischenbilanz: Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und die pflege- und gesundheitspolitischen Sprecher der Regierungsfractionen haben bereits zugesagt.

Außerdem setzt der 13. DEVAP-Bundeskongress Schwerpunkte bei den Fragen, die Führungs- und Leitungskräfte am meisten beschäftigen: Mitarbeiter binden und gewinnen in Zeiten des Fachkräftemangels – wie kann das gehen? Mit welcher Gesamtstrategie lässt sich in Zukunft eine stabile Versorgung erreichen und finanzieren? Können neue Ansätze wie die Pflegevollversicherung oder „Care and Cure“ tragfähige Lösungsansätze sein? Was muss passieren, um neue Wege, wie die wohnortnahe Versorgung im Sozialraum, umzusetzen?

Anmeldungen sind ab sofort möglich. Die Internetseite www.devap.info/bundeskongress/ ist die Plattform des 13. DEVAP-Bundeskongresses. Interessenten können hier ausführliche Informationen über Diskussionen und Vorträge abrufen, Programmhefte bestellen und sich online anmelden.

Kontakt: Imme Lanz, Geschäftsführerin, Telefon 030 83001-277
E-Mail: lanz@devap.de

Weiterempfehlen

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen

Abmelden

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können

Sie sie doch weiter.

Wichtig

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail (info@buendnis-fuer-gute-pflege.de) in Ihr persönliches Adressbuch auf.

Impressum

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Projekt: Bündnis für gute Pflege
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0
Fax: 030 65211-3333
E-Mail: stephan.roeger@diakonie.de
Web: www.diakonie.de

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr gemeinsam.
Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,
Vereinsregister 31924 B
USt-IdNr.: DE 147801862

Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

Redaktion

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an das Bündnis für gute Pflege (info@buendnis-fuer-gute-pflege.de).

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten.
Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzende
Präsidentin Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel

stellvertretender Vorsitzender
Präsident Pfarrer Ulrich Lilie

Dr. Jörg Kruttschnitt
Maria Loheide
Tilman Henke
Prof. Dr. Claudia Warning